

ERHARD LOUVEN

Das chinesische Wirtschaftssystem im "Anfangsstadium des Sozialismus"

1. Einleitung: Wichtige Aussagen zur Struktur und Reform der Wirtschaft auf dem XIII. Parteitag

Auf dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas erstattete Zhao Ziyang im Auftrage des XII. Parteitages Bericht, der "Auf dem Weg des Sozialismus chinesischer Prägung" betitelt ist.(1) Er nannte zunächst wirtschaftliche Erfolge, die seit dem letzten Parteitag erreicht worden seien:

- Die Versorgung mit Nahrung und Kleidung sei sichergestellt, in einigen Gebieten habe der Übergang zu bescheidenem Wohlstand begonnen. In manchen Gebieten sei das Nahrungs- und Kleidungsproblem jedoch noch nicht ganz gelöst. - In den Städten hätten 70 Mio. Menschen einen Arbeitsplatz bekommen, auf dem Lande hätten sich aufgrund der sprunghaften Entwicklung der dorfeigenen Betriebe bereits 80 Mio. Bauern vollständig oder teilweise auf eine nichtlandwirtschaftliche Produktion umgestellt.
- Die Versorgung auf den Märkten habe sich verbessert.
- Das erheblich unausgeglichene Verhältnis zwischen den wichtigsten Sektoren der Volkswirtschaft habe sich merklich verändert, die Volkswirtschaft befinde sich auf der Bahn einer im großen und ganzen koordinierten Entwicklung.

Doch im weiteren Verlauf seines Berichtes stellte er fest, es gebe keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Nüchtern betrachtet stehe man vor vielen Problemen und Schwierigkeiten, mehr sogar noch als erwartet.

An dieser Stelle wurde auf die Komplexität des Reformprozesses hingewiesen. Eine Volkswirtschaft - auch des jetzigen chinesischen Niveaus - ist ein eng vernetztes System. Eingriffe, Reformen an einer Stelle führen gewöhnlich zu - häufig nicht beabsichtigten - Aus-

wirkungen an anderen Stellen. Auf diese Weise werden die Reformer immer mit neuen Problemen konfrontiert. Viele Wirkzusammenhänge sind von vornherein bekannt und bilden ein Dilemma. Beispielsweise soll die Preisreform effizienteres Wirtschaften ermöglichen, erzeugt aber gleichzeitig Verteilungswirkungen, die ihrerseits neue Probleme schaffen.

2. Einordnung der gegenwärtigen Etappe: Anfangsstadium des Sozialismus

Zwar sei Großes geleistet worden, so fährt Zhao in seiner nüchternen Bilanz fort, doch rangiere das durchschnittliche Bruttosozialprodukt pro Kopf aufgrund der großen Bevölkerung und der schwachen Basis noch auf einem der hinteren Plätze in der Welt. Die Landwirtschaft werde im allgemeinen noch manuell betrieben. Neben der modernen Industrie stehe der große Teil der Industrie, der mehrere Dutzend oder gar einhundert Jahre hinter der modernen Entwicklung zurückgeblieben sei. Neben wirtschaftlich relativ gut entwickelten Gebieten gebe es große unterentwickelte und arme Gebiete. Ein geringer Teil der Wissenschaft und Technik habe fortgeschrittenes Weltniveau, doch befinde sich dieser Teil in einem Umfeld, das durch ein niedriges Niveau gekennzeichnet sei; Analphabeten und Halbanalphabeten machten fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus.

Der Aufbau des Sozialismus in einem großen, rückständigen Land des Ostens wie China sei eine neue Aufgabe in der Entwicklung des Marxismus. Zhao kommt zu dem Schluß, daß sich die Volksrepublik im "Anfangsstadium des Sozialismus" befinde. Es handele sich im Falle Chinas um ein spezifisches Stadium beim Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der rückständigen Produktivkräfte und der unterentwickelten Warenwirtschaft. Vom Beginn der 1950er Jahre bis hin zur wesentlichen Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung benötige China wenigstens 100 Jahre. Dieser Zeitabschnitt, endend etwa im Jahre 2050, gehöre zum Anfangsstadium des Sozialismus.

Um den Hauptwiderspruch im gegenwärtigen Stadium zu lösen, gilt es nach Zhao, die Warenwirtschaft energisch zu entwickeln, die Ar-

beitsproduktivität zu erhöhen, die Modernisierung der Industrie, der Landwirtschaft, der Landesverteidigung sowie der Wissenschaft und Technik schrittweise zu verwirklichen und jenen Teil der Produktionsverhältnisse und des Überbaus, der der Entwicklung der Produktivkräfte nicht entspricht, zu reformieren.

In dieser Situation gelten sechs langfristige Leitlinien. Neben der Konzentration der Kräfte auf die Modernisierung, müsse an der allseitigen Reform festgehalten werden. Drittens müsse an der Öffnung nach außen festgehalten werden. Ein weiterer Punkt ist die Entwicklung einer geplanten Warenwirtschaft mit der dominierenden Stellung des Gemeineigentums. Was das Eigentum und die Verteilung angeht, so ist absolute Perfektion und Gleichheit nicht vonnöten. Fünftens müsse Demokratie auf der Basis von Stabilität und Einheit verwirklicht werden. Schließlich müsse man sich - unter der Anleitung des Marxismus - um den Aufbau der geistigen Zivilisation bemühen.

Im Rahmen der "strategischen Planung für den Wirtschaftsaufbau" wiederholt Zhao Ziyang zunächst ein früher bereits formuliertes Ziel: nämlich die Vervierfachung des Bruttosozialproduktes bis zum Jahre 2000.(2) Bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts soll das Bruttosozialprodukt pro Kopf den Stand der mittleren entwickelten Länder erreichen; das Volk soll dann in ziemlich guten Verhältnissen leben und die Modernisierung im wesentlichen verwirklicht worden sein. Das langfristige Ziel der Wirtschaftsentwicklung ist also sehr bescheiden formuliert worden - ein weiteres Indiz für die Nüchternheit der Planer und ihre Einsicht in die Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten des Reformprozesses. Als Zentralpunkt dieser Widersprüchlichkeiten wird das Problem der wirtschaftlichen Effizienz angesehen. Die Folgerung daraus ist, nach und nach von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsverwaltung bzw. -weise überzugehen.

3. Wichtige Problembereiche der wirtschaftlichen Entwicklung und Lösungsansätze

Priorität soll, nach Zhao, der wissenschaftlichen, technischen und Bildungsentwicklung eingeräumt werden. Voraussetzung für die dar-

aus resultierende wirtschaftliche Verjüngung und den sozialen Fortschritt ist die effiziente Organisation der Arbeiter und die Ausbildung einer großen Anzahl fähigen Personals.

Ein wichtiger Leitgedanke der Programmrede bezieht sich auf den Ausgleich der gesellschaftlichen Nachfrage mit dem gesamten Angebot. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Bereichen ist eng mit der Wirtschaftsstruktur verbunden. Eine rationale Struktur wird als immer dringender empfunden, weil zum einen immer mehr Menschen in nichtlandwirtschaftliche Wirtschaftszweige drängen, woraus sich ein verändertes Konsummuster ergibt; und zum anderen, weil technische Revolution und Erfordernisse des Weltmarktes eine Umgestaltung der Branchenstruktur nötig machen.

Die Öffnung hin zur Welt ist nicht umstritten und wird wiederum betont. Deutlich wird eine exportorientierte Strategie gefordert, wenn es etwa heißt, der Grad der Öffnung des Landes beruhe in großem Ausmaße auf der Fähigkeit, Devisen durch Exporte zu verdienen. In diesem Zusammenhang wird auch implizit die sog. Emulationswirkung der Exporte angesprochen. Diese hätten Auswirkungen auf Umfang und Fortschritt des inländischen Wirtschaftsaufbaus.

Der Markt für Kapitalgüter, der Geldmarkt, der Technikmarkt, der Arbeitsmarkt, die Ausgabe von Anleihen und Aktien seien nicht auf den Kapitalismus beschränkt. Auch der Sozialismus könne sie zum eigenen Nutzen einsetzen und ihre negativen Auswirkungen begrenzen.

Das neue Wirtschaftssystem wird "sozialistische geplante Warenwirtschaft" genannt. Ohne das Wachstum und die Perfektion des Marktes könne die Entwicklung nicht vollendet werden. Jedoch unterscheidet sich die regulierende Funktion des Marktes vollständig von der des Kapitalismus. Wichtig bleibt, daß der Staat den Markt reguliert, während der Markt die Betriebe leitet. Nach und nach soll ein System errichtet werden, in dem der Staat nur noch die Preise für gewisse, wichtige Güter und Arbeitsleistungen kontrolliert, während die Preise anderer Massengüter und Arbeitsleistungen durch den Markt reguliert werden.

Nach dem Lehrbuch der Marktwirtschaft formuliert die Ordnungspolitik Regeln, nach denen die Aktivitäten in der arbeitsteiligen Wirtschaft koordiniert werden. Kern einer solchen Ordnungspolitik ist die Wettbewerbspolitik mit der Aufgabe, die Märkte funktionsfähig zu erhalten. Die Prozeßpolitik versucht, den Wirtschaftsprozess zielgerecht zu beeinflussen, indem sie in den Bereichen Preisstabilisierung, Konjunkturstabilität, Zahlungsbilanzausgleich, Verteilungsgerechtigkeit usw. eingreift.

In der Programmrede Zhaos heißt es nun, die Aufgabe des Staates bestehe darin, wirtschaftliche, gesetzliche und administrative Mittel einzusetzen, um das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt zu regulieren, eine geeignete wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgebung zu schaffen und dadurch die Betriebe anzuleiten, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Realisierung dieses Ziels sei ein allmählicher Prozeß, für den günstige Bedingungen erst geschaffen werden müssen.

Während nach dem Lehrbuch der Marktwirtschaft die Akteure auf dem Markt selbst - Unternehmen, Haushalte etc. - diesen gestalten und der Staat nur für die Rahmenbedingungen zuständig ist, hat der Staat in der chinesischen Wirklichkeit eine große, wenn nicht dominierende Rolle inne. Dies wird am Beispiel der Preispolitik zu zeigen sein.(3)

Bei der Verwirklichung des neuen Systems wird vor alten Institutionen nicht haltgemacht. Unternehmen im Eigentum des ganzen Volkes sollen durch die Teilung von Eigentumsrecht und Verwaltungskompetenz belebt werden. Die Art des gewählten Verantwortlichkeitssystems spiele keine Rolle, die Beziehungen müßten nur per Vertrag festgelegt werden. Ausdrücklich wird von den "Sturmwoegen der Marktkonkurrenz" (shichang jingzheng de fenglang) gesprochen, aus denen viele tüchtige und wagemutige Unternehmer hervorgehen sollen.

Die Verteilung nach der Arbeitsleistung wird die Hauptform in der Verteilungspolitik sein. Mit dem Aufkommen der Beteiligungswirtschaft wird es Dividenden geben. Das Einkommen von Privatunternehmern wird auch einen Risikoanteil beinhalten. Die Beschäftigung von Lohnarbeitern in den

Privatbetrieben wird auch zu Residualeinkommen der Eigentümer führen. Solange diese Einkommen legal sind, sollten sie zugelassen werden. Einkommensdifferenziale werden zugelassen, gut wirtschaftende Betriebe und fähige städtische Arbeiter sollten als erste reich werden können.

Gegen Ende des Abschnitts über die Umformung der Wirtschaft betont Zhao noch einmal, daß die Wachstumsrate des Konsumtionsfonds nicht das Wachstum des verfügbaren Nationaleinkommens überschreiten dürfe. Auch dürften die durchschnittlichen Lohnerhöhungen nicht höher sein als die Zunahme der Arbeitsproduktivität. Jede Maßnahme zur Vertiefung der Reform müsse auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Erträge gerichtet sein. Zhao geht so weit zu sagen, daß die Produktqualität eines Landes in gewisser Weise die Qualität der gesamten Nation widerspiegele. Und noch einmal wird die nüchterne Erkenntnis ausgedrückt, daß die benötigte Zeit zur Schaffung eines neuen Systems länger sei als ursprünglich vorausgesehen.

4. Probleme der Preisreform

Am Rande des Parteitages wurden Pressekonferenzen über die wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problembereiche abgehalten. Ein Thema, was die Journalisten immer wieder interessierte, war die Inflationsrate bzw. die Preisreform. Die Antworten der jeweiligen chinesischen Experten waren indes sehr allgemein und manchmal ausweichend.

Gao Shangquan, stellvertretender Minister der Kommission zur Umgestaltung des Wirtschaftssystems, antwortete auf eine entsprechende Frage, daß man mit der Preisreform fortfahre, daß man jedoch in stetiger Weise vorgehe, um die grundlegende Stabilität der Preise aufrechtzuerhalten.(4) Da die Interessen zahlreicher Haushalte in China betroffen seien, habe man die Fähigkeit des Landes, der Gesellschaft und der Menschen zu berücksichtigen, eine solche Preisreform durchzuführen.(5) Auf die Frage nach der höchsten noch zu verkraftenden Inflationsrate antwortete Gao, daß die kombinierten Werte des wirtschaftlichen Wachstums und der Preiserhöhungen im wesentlichen der Zunahme der

Geldemission entsprechen müßten. Mit dieser Aussage gab er zu verstehen, daß die Preisreformpolitik sich nach der Quantitätstheorie des Geldes richte - angesichts der bislang nicht oder nicht ausreichenden Instrumentarien der Geldpolitik eine adäquate Theorie.

Nach Aussagen von Yuan Mu, einem Sprecher des Staatsrates, betrug der Anstieg der Einzelhandelspreise im April 1987 (gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres) 6,5%, im Mai 7,6% und im Juni 7,8%. Der durchschnittliche Anstieg des 1. Halbjahres 1987 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum habe 6,3% betragen. Die Preisanstiege in den mittelgroßen und großen Städten waren indes höher als sonstwo. So stieg der Einzelhandelspreisindex in 29 mittleren und großen Städten im ersten Halbjahr 1987 um 9,1%. Die Preise von Zusatznahrungsmitteln in den Städten stiegen gar um 13,9% insgesamt, die Gemüsepreise verzeichneten einen Anstieg von 17,8% und die Preise für Fleisch, Geflügel und Eier 10,9%.(6)

Die Preisanstiege werden zum einen mit den gestiegenen Getreidepreisen erklärt, die die Produktionskosten für Fleisch, Geflügel und Eier erhöht hätten.(7) Zum anderen wird aber zur Erklärung auch die Ausweitung der Geldmenge genannt. Im ersten Halbjahr 1987 sei das Nationaleinkommen um ca. 10% gestiegen, doch habe die Zuwachsrate der Investitionen staatseigener Einheiten in den Investbau 21% betragen, das gesamte Lohnvolumen sei um 14,1% gestiegen. Der aufgeblähte Verbrauch werde auch deutlich sichtbar bei den sog. institutionellen Käufen, die in den ersten fünf Monaten des Jahres 1987 gegenüber der Vorjahresperiode um 22,6% angewachsen seien.(8)

Angesichts dieser Entwicklungen sah sich der Staatsrat genötigt, mittels eines Rundschreibens Anordnungen zu treffen, die zur Stabilisierung der Preise beitragen sollen.(9) Es sind dies übliche Maßnahmen, die man auch schon aus der Vergangenheit kennt. Die Überwachung der Privatunternehmen soll intensiviert werden; entschlossene Aktionen sollen durchgeführt werden, um den nicht-lizenzierten Handel und die nicht-lizenzierten Händler zu bannen; die Überwachung der staatlichen und kollektiveigenen Unternehmen soll intensiviert werden; landwirtschaft-

liche und Nebenerwerbsprodukte sollen zu ausgehandelten Preisen angekauft oder verkauft werden; für wichtige Produkte, wie z. B. Nahrungsgetreide, Speiseöl, Fleisch, Geflügel, Fisch, Eier und Gemüse, sollen Höchstpreise festgesetzt werden; etc.

In gewisser Weise interessant ist die Begründung für die vom Staatsrat angeordneten Maßnahmen. Es heißt dort, mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit seien auch die Irregularitäten angewachsen.(10) Den staatlichen Regelungen zuwiderhandelnd hätten viele nicht-lizenzierte Händler und Privatunternehmen die Warenpreise erhöht, indem sie begehrte Waren, an denen Mangel herrsche, aufgekauft und weiterverkauft hätten. Diese Kreise monopolisierten den Markt, entzögen sich der Überwachung und organisierten sich in Gruppen. Gewisse staatliche und kollektive Unternehmen hätten *windfall*-Gewinne erzielt, indem sie Preise illegal entweder offen oder versteckt erhöht hätten.

Festzuhalten bleibt, daß wir es wiederum mit einem Dilemma der chinesischen Wirtschaftspolitik zu tun haben. Der Markt soll nach den offiziellen Verlautbarungen die Betriebe leiten und damit auch die Preise determinieren. Es gelingt der Wirtschaftspolitik aber nicht, die Makrogrößen in der gewünschten Weise zu kontrollieren bzw. zu beeinflussen.

Beispielsweise wurde durch quantitativ große Investitionsprojekte, die erst mit einer Verzögerung - wenn überhaupt - Erträge bringen, und relativ hohe Lohnerhöhungen die den Konsumenten zur Verfügung stehende Geldmenge ausgeweitet. Ein großer Teil dieser Geldmenge drängt in den Konsumbereich. Da dieser Geldmenge keine adäquate Gütermenge gegenübersteht, steigen die Preise sehr schnell an. Die auf diese Weise ausgesandten Signale in Richtung auf die Produzenten wirken nicht oder zumindest in kurzer Zeit nicht. Die Führung kann jedoch nicht zuwarten, bis sich Anpassungsprozesse vollziehen. Diese müßten auch unter den gegebenen Bedingungen staatlicherseits gestützt werden. Mögliche, aus zu starken Preiserhöhungen resultierende Unruhen veranlassen die Zentrale sehr schnell, die Preise mit den genannten administrativen Mitteln zu stabilisieren bzw. wieder zu senken.

5. Abschließende Bemerkungen

Der Bericht Zhao Ziyangs auf dem XIII. Parteitag enthält eine nüchterne Analyse der Probleme und Schwierigkeiten, die im Verlauf der Wirtschaftsreform entstanden sind. Die Dinge werden in sachlicher Form benannt, und scharfe Anwürfe gegen Gruppierungen, die der Reform ablehnend gegenüberstehen, sucht man vergebens.

Mit der Einbettung der Entwicklungsstrategie in das Anfangsstadium des Sozialismus ist Freiraum geschaffen worden für viele Experimente, die von orthodoxen Marxisten möglicherweise als Anathema angesehen werden. Ideologisch dürfte es wenig Schwierigkeiten geben, in Zukunft Methoden zu versuchen, die andernorts als revisionistisch oder kapitalistisch bezeichnet werden.

Sieht man sich das von Zhao formulierte langfristige Ziel für das Jahr 2050 an und vergleicht man es mit dem noch von Hu Yaobang 1985 verkündeten Ziel, so ist auch hier Ernüchterung und Bescheidenheit zu konstatieren. Nach Hu solle China schließlich bis zum Jahre 2049 zu den reichsten und mächtigsten Staaten der Erde gehören, und zwar als ein moderner und starker sozialistischer Staat.(11) Gewiß würde gegenwärtig ein ambitionierter formuliertes Ziel die Menschen nicht zu besonderen Anstrengungen motivieren können. Die weitere Entwicklung der Wirtschaft und die Chancen der Wirtschaftsreform hängen - in Analogie zu dem bekannten englischen Sprichwort - davon ab, ob es für die Menschen konkrete und spürbare Verbesserungen in ihrem Alltagsleben geben wird.

Anmerkungen

- 1) Vgl. dazu RMRB, 4.11.1987 sowie die Übersetzungen in BRu, Nr.45, 10.Nov. 1987, S.I-XXXIV; Radio Beijing, 25.10.87, zit.nach SWB, 27.10.87 mit Korrekturen bzw. Ergänzungen in SWB, 10.11.1987. Im folgenden wird auf der Grundlage der endgültigen Version in RMRB zitiert.
- 2) 1981 verwendete Zhao Ziyang noch die Kennziffer "Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft". Vgl. dazu ausführlicher Louven, Erhard, Perspektiven der Wirtschaftsreform in China, Berlin 1987, S.124 f.
- 3) Vgl. dazu weiter unten.
- 4) Vgl. Radio Beijing, 26.10.1987, zit.nach SWB, 28.10.87.
- 5) Vgl. auch im folgenden ebenda.
- 6) Vgl. Xinhua, 22.8.87, zit.nach SWB, 26.8.87.
- 7) Vgl. ebenda.
- 8) Vgl. ebenda.
- 9) Vgl. Xinhua, 26.8.87, zit.nach SWB, 1.9.87.
- 10) Vgl. ebenda.
- 11) Vgl. RMRB, 12.8.85.